

Antrag der Fraktionen der SPD und der CDU

Jugendhilfe und Schule zusammenführen!

Bremens Bildungssystem befindet sich in einem Reformprozess, der weit über den schulischen Bereich hinausreicht. Das gemeinsame Ziel von Kindergärten, Schulen, Horteinrichtungen und anderen sozialen Dienstleistungen ist die Verbesserung der Bildungs- und Betreuungsleistung zugunsten der Kinder und Jugendlichen. Dazu sind möglichst reibungslose Kooperationsbeziehungen aller Beteiligten eine wichtige Voraussetzung.

Schulen und Horte haben bereits Erfahrungen in der Zusammenarbeit in Form von einzelnen Projekten bei der Einführung der verlässlichen Grundschule erworben. Insbesondere der Ausbau von Ganztagschulangeboten stellt die beteiligten Institutionen, sowohl auf Verwaltungs- aber vor allem auf Einrichtungsebene vor neue Herausforderungen. Vor Ort kommen die Institutionen noch zu sehr unterschiedlichen Ergebnissen.

Das Zusammenführen von schulischen und außerschulischen Angeboten bedarf gezielter Beratung und Begleitung, damit zukünftig Einrichtungen der Kindertagesbetreuung, Schulen und andere soziale Dienstleistungen in einer verbindlicheren Form zusammenarbeiten.

Die Stadtbürgerschaft möge beschließen:

Die Stadtbürgerschaft bittet den Senat,

1. die im Rahmen von Ganztagschulen kooperierenden Schulen, Kindertageseinrichtungen und Institutionen der Jugendhilfe zur Entwicklung eines gemeinsamen Leitbildes für die zukünftige Zusammenarbeit aufzufordern,
2. einen Prozess einzuleiten, in dem durch überprüfbare Zielvereinbarungen verbindliche Arbeitszusammenhänge zwischen Jugendhilfe und Schule durchgängig auf allen Hierarchieebenen geschaffen werden,
3. auf Stadtteilebene ein verbindliches und effizientes Konferenzsystem zu entwickeln mit dem Ziel, standortbezogene Fragestellungen kleinräumig und interdisziplinär abzuarbeiten,
4. praxisbezogene Unterstützung und erfolgsorientierte Anreize zur Weiterentwicklung von Kooperationsbeziehungen zur Verfügung zu stellen mit dem Ziel, die Übertragung erfolgreicher Praxisbeispiele auf andere Standorte zu ermöglichen bzw. zu beschleunigen.

Frank Pietrzok, Ulrike Hövelmann,
Jens Böhrnsen und Fraktion der SPD

Claas Rohmeyer, Sandra Speckert,
Jörg Kastendiek und Fraktion der CDU